

# Inhaltsverzeichnis

Gang der Untersuchung und Ziele der Arbeit	15
Teil 1: Handwerksunternehmen und ihre spezifische rechtliche Erfassung durch die Handwerksordnung	21
A. Einordnung als Handwerksunternehmen	23
I. Handwerksbetrieb	25
1. Zulassungspflichtiges Handwerk	25
a. Gewerbebetrieb	26
b. Handwerksmäßigkeit	28
c. Handwerksfähigkeit	32
d. Zulassungspflicht	36
2. Zulassungsfreies Handwerk	39
II. Handwerksähnliches Gewerbe	40
III. Minderhandwerk	40
IV. Neben- und Hilfsbetriebe	40
B. Rechtsregime des Handwerks	42
I. Meisterpflicht	43
II. Meisterpräsenz	46
III. Pflichtmitgliedschaft in der Handwerkskammer	48
1. Pflichtmitgliedschaft	49
2. Finanzierung der Handwerkskammern über den Pflichtbeitrag	53
C. Ausgewählte Tätigkeitsfelder	59
I. Beratungsleistungen der Handwerkskammern	59
1. Beratung durch die Handwerkskammern bzw. Handwerksorganisationen	59
2. Gegenwärtige Praxis der Finanzierung der Beratungsleistungen	65
II. Ausbildung im Handwerk	69
1. Anforderungen an die Ausbildungsstätte und den Ausbilder	70
2. Inhalt der Ausbildung	71

3. Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung	72
4. Überwachung der Ausbildung	73
III. Prüfungswesen im Handwerk	74
1. Gesellenprüfung	74
2. Meisterprüfung	75
3. Kosten und Nutzen der Meisterprüfung	75
IV. Innovationskraft des Handwerks	77
V. Handwerk als Motor von Umweltschutz, Energiewende und Nachhaltigkeit	79
VI. Handwerk als Bewahrer kulturellen Erbes	83
1. Handwerksunternehmen als Bewahrer kulturellen Erbes	84
2. Handwerk selbst als kulturelles Erbe	85
D. Zusammenfassung	88
 Teil 2: Grundlagen und Maßstäbe	91
A. Das europäische Beihilfenrecht und das Recht der öffentlichen Unternehmen als Bereiche des Öffentlichen Wettbewerbsrechts	91
I. Begriff des Öffentlichen Wettbewerbsrechts	92
II. Kategorien wettbewerbsrelevanter Staatstätigkeit	95
III. Auswirkungen wettbewerbsrelevanter Staatstätigkeit auf Handwerksunternehmen	99
1. Abstrakte Bestimmung von Wettbewerbsverhältnissen	102
2. Konkrete Wettbewerbsverhältnisse von Handwerksunternehmen	103
IV. Handwerksunternehmen im Wettbewerb um öffentliche Aufträge	105
B. Potenzielle Regelungstendenzen	107
I. Handwerksfreundlichkeit	107
II. Handwerksgerechtigkeit	108
III. Handwerksbenachteiligung	108
 Teil 3: Handwerksunternehmen im Wettbewerb um öffentliche Mittel	109
A. Verfassungsrechtlicher und EU-Beihilfenrechtlicher Rechtsrahmen	111
I. Rechtsrahmen des Grundgesetzes	112

II. Rechtsrahmen des EU-Beihilfenrechts	119
1. Primärrecht	119
2. Verordnungen, Leitlinien und EU-Rahmen	120
a. Die allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung	123
b. De-minimis-Verordnung	125
c. Grundsätzliches zur Anpassung von AGVO und De-minimis-Verordnung	127
B. Förderung des Handwerks als Ganzes	128
I. Die Förderung der Beratungsleistungen der Handwerkskammern für Handwerksunternehmen als Beispieldsfall	129
1. Zu unterscheidende Arten der Beratung	129
2. Bisherige beihilfenrechtliche Einordnung der bestehenden Förderprogramme	131
3. Beitragsfinanzierte Beratungsleistungen	136
II. Der Tatbestand des Beihilfeverbots des Art. 107 Abs. 1 AEUV	137
1. Begünstigung	137
2. Unternehmen und Produktionszweig	140
3. Selektivität	141
a. Territoriale Selektivität	142
b. Materielle Selektivität	143
aa. Allgemeine Beratung durch die Handwerkskammern	144
bb. Gründungsberatung	152
cc. Beratung von Unternehmen in der Krise	154
4. Zwischenergebnis	155
III. Einordnung dieses Ergebnisses	155
C. Förderung einzelner Gruppen von Handwerksunternehmen	159
I. Weitere Fördermöglichkeiten der Beratungsleistungen der Handwerkskammern für Handwerksunternehmen	160
1. Bestehende Fördermöglichkeiten auf Grundlage der AGVO und von Leitlinien	160
a. Förderung von KMU für die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen auf Grundlage des Art. 18 AGVO	160

b. Förderung der Gründungsberatung auf Grundlage des Art. 22 und 28 AGVO	165
c. Förderung von Beratungsleistungen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf Grundlage des Art. 25 AGVO	168
d. Förderung von Beratungsleistungen als Innovationstätigkeiten auf Grundlage des Art. 28 AGVO	170
e. Förderung auf Grundlage der Leitlinien für Unternehmen in Schwierigkeiten	172
f. Zwischenergebnis	179
2. Rechtspolitische Vorschläge	180
a. Änderung des Art. 18 AGVO	181
b. Anpassung der De-minimis-Verordnung	182
c. Bagatellgrenze	183
II. Ausbildung im Handwerk	184
1. Förderung der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung	184
2. Das sogenannte Meister-BAföG	187
3. Weitere Förderungsmöglichkeiten auf Grundlage des Art. 31 AGVO	188
III. Handwerksunternehmen als innovative Unternehmen	192
1. Innovationsbeihilfen auf Grundlage des Art. 28 AGVO	193
a. Anpassung der AGVO	195
b. Anforderungen an ein nationales Förderprogramm	195
2. Beihilfen für Prozess- und Organisationsinnovationen auf Grundlage des Art. 29 AGVO	197
IV. Handwerksunternehmen und Umweltschutzbeihilfen	199
1. Umweltschutzbeihilfen auf Grundlage der AGVO	200
a. Verbesserung der Auftragslage für bestimmte Gewerke	200
b. Förderung von Umweltstudien	206
2. Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022	208
a. Verbesserung der Auftragslage für bestimmte Gewerke	208
b. Anwendbarkeit der Leitlinien auf Handwerksunternehmen als Begünstigte	209

V. Handwerk als Kultur und Bewahrer kulturellen Erbes	211
D. Gesamtergebnis der Untersuchung von Handwerksunternehmen im Wettbewerb um öffentliche Mittel	215
Teil 4: Handwerksunternehmen im Wettbewerb mit öffentlichen Unternehmen um Kunden	217
A. Begriff und Bedeutung öffentlicher, insbesondere kommunaler Unternehmen	217
B. Der Rechtsrahmen für kommunale Unternehmen	223
C. Kommunale Unternehmen als Handwerksunternehmen im Sinne der HwO	226
I. Übertragung des Gewinnerzielungsmaßstabs der Gewerbeordnung	228
II. Eigenständiger Gewinnerzielungsmaßstab im Handwerksrecht wegen einer am Zweck des Gesetzes ausgerichteten Auslegung des Gewerbebegriffs	230
III. Zwischenergebnis	232
D. Kommunale Unternehmen als Wettbewerber von Handwerksunternehmen	234
I. Materielle Schranken kommunaler Unternehmertätigkeit	234
1. Allgemeine Voraussetzung: Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung oder Betätigung	235
a. Die Tatbestandsmerkmale „Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung“	235
aa. Begriffsbestimmung	235
bb. Auslegung des Begriffs der wesentlichen Erweiterung unter Berücksichtigung handwerksrechtlicher Grundsätze	236
b. Der Begriff der „Betätigung“	244
2. Schrankentrias	246
a. Öffentlicher Zweck	247
aa. Verbundene Tätigkeiten	248
bb. Vorausblick auf die Bedeutung formeller Schranken	257
b. Leistungsfähigkeit der Gemeinde	258
c. Subsidiaritätsklausel	258

3. Besondere Voraussetzungen bei energiewirtschaftlicher Betätigung der Gemeinden	262
4. Zwischenergebnis	267
II. Formelle Schranken kommunaler Unternehmertätigkeit	270
1. Drei Gruppen von Bundesländern	272
a. Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Brandenburg und das Saarland	272
b. Baden-Württemberg und Sachsen	278
c. Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Bayern	279
2. Übertragbarkeit einer formalen Ausgestaltung auch auf die Bundesländer der zweiten und dritten Gruppe	279
3. Bedeutung einer formalen Marktuntersuchung für das Handwerk	282
a. Sichtbarkeit des Handwerks	282
b. Prüfungsumfang und -maßstab der Aufsichtsbehörden	285
c. Verhältnis zwischen Entscheidungsgremium und Gemeindeverwaltung	287
aa. Problematische Informationsasymmetrie zwischen Gemeinderat und Gemeindeverwaltung	287
bb. Informationsrechte des Gemeinderats	290
4. Zwischenergebnis	293
III. Anforderungen an eine statthafte kommunale Unternehmertätigkeit mit Auswirkungen auf den Wettbewerb mit Handwerksunternehmen	294
1. Schutz vor wesentlichen Schädigungen und Aufsaugung	295
2. Bedeutung der Anwendbarkeit der HwO auf öffentliche Unternehmen	296
3. Zwischenergebnis	297
E. Gesamtergebnis der Untersuchung von Handwerksunternehmen im Wettbewerb mit öffentlichen Unternehmen um Kunden	297
Zusammenfassung der Ergebnisse	299
Literaturverzeichnis	309